

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verleger: G. W. Rabat, Dresden
und Köhler & Co., Chemnitz

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Fracht mit dem wöchentlichen Beleg
Nach der Arbeit und „Welt und Zeit“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.
Telegraphische Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 20 mm breite Komposition
30 Pf., die 90 mm breite Reklametexte 1,50 M. für ausgedruckte An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangeben
40 Pf. Rabatt. Für Briefverbreitung 10 Pf.

Nr. 267

Dresden, Dienstag den 16. November 1926

37. Jahrg.

Vorbereitende Weltwirtschaftskonferenz

T. Genf, 15. November. (Fig. Draht.)

Am Montag wurde die zweite Session der vorbereitenden Weltwirtschaftskonferenz eröffnet. Sie soll das Programm der endgültigen Konferenz festlegen. Im Namen der Teilnehmervertreter gab Genosse Nougau eine Erklärung ab, in der gefordert wurde: die wirtschaftliche Organisation des Friedens, die Durchorganisation der Arbeit mit dem Ziel der Abwehr von Kriegen und der Arbeitslosigkeit und die Erreichung von Lebensbedingungen in Übereinstimmung mit der allgemeinen Entwicklung der Zivilisation und der Menschwürde. Die Wirtschaftskonferenz möge sich befassen mit der Währungsstabilisierung, den Schulden, den Kartellen, der Währung usw. und ein ständiges internationales Wirtschaftsrat schaffen. Das würde endlich einleiten die Zeit einer brüderlichen Zusammenarbeit der Völker zu ihrem gemeinsamen Wohlergehen.

Die Arbeitervertreter stellen nur etwa ein halbes Dutzend Mitglieder von den 40 des vorbereitenden Ausschusses. Zunächst wird die Arbeit in den Unterausschüssen begonnen.

Militärkontrolle und Abrüstung

S. Paris, 16. November. (Fig. Funkspruch.) Der Leiter der Interalliierten Kontrollkommission, General Walsh, wird in kurzer Zeit auf seinen Berliner Posten zurückkehren. An den Pariser unabhängigen Stellen erklärt man, daß der größte Teil der Fragen, die Deutschlands Abrüstung betreffen, vor allem die des Oberkommandos, als gelöst angesehen werden können. Die Regelung mehrerer noch ausstehender Fragen, so die der militärischen Ausbildung der Jugend, der Ausbildung der nationalsozialistischen Geheimorganisationen, steht unmittelbar bevor. Außerdem lege die Wertschätzungskommission Wert darauf, vor der Abberufung der Interalliierten Kontrollkommission auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen mit der deutschen Regierung die Kompetenzen der neuen Völkerbundmission genau festzulegen.

S. London, 16. November. (Fig. Funkspruch.) Der englische Außenminister Chamberlain wird sich ebenfalls zur Lösung des Völkerbundes am 6. Dezember nach Genf begeben, da dort zwischen den drei Ministern Briand, Chamberlain und Dr. Stresemann neben der Aufhebung der Militärkontrolle vor allem auch das Abrüstungsproblem erörtert werden soll.

Billsudski knebelt Presse und Parlament

O. Warschau, 16. November. (Fig. Funk.) Am Rechtsausschuß des Sejm ist es abermals zu einem Konflikt zwischen Parlament und Regierung gekommen, weil die Regierung bei der Beratung des Antrages auf Aufhebung des Pressegesetzes seinen Vertreter entband hatte. Ministerpräsident Billsudski befreit nämlich das Sejm das Recht, sich mit einer Verordnung des Staatspräsidenten zu befassen, solange ihm die Verordnung nicht amtlich zur Kenntnis gebracht worden ist. Das ist beim Pressegesetz der Fall. Die Presse wird knebelt, dem Parlament davon aber „amtlich“ nichts mitgeteilt, also hat weder Parlament noch Presse etwas davon zu sagen. Eine bequeme Regierungsmethode. Es fragt sich, wie lange...

Die tolle Presseverordnung bedroht mit Geld- und Gefängnisstrafen die Verbreitung aller Nachrichten, die das „Ansehen der polnischen Regierung“ oder des polnischen Staates „herabsetzen“, und zwar auch dann, wenn die Verbreitung nur „jährlich“ erfolgt oder wenn Gerüchte als solche gekennzeichnet wiedergegeben werden. Ebenso wird bestraft die „herabsetzende“ Kritik an Regierungsorganen, vom Präsidenten bis herab zu unteren Stellen der Verwaltung und der Armee. Nach dreimonatiger Bestrafung ist ein Verbot der betreffenden Zeitung auf drei Monate möglich. Billsudski will ein kleiner Mussolini werden.

Die Regierungsbeteiligung in Belgien

F. Brüssel, 16. November. (Fig. Funkspruch.) Der Finanzminister Franconi ist von der Regierung zurückgetreten, da er mit erfolgloser Stabilisierung des Franc seine Aufgabe erfüllt hat. Damit wird die Frage der Drei-Parteien-Regierung wieder aufgeworfen, da diese eigentlich auch nur die Finanzlenkung zur Aufgabe hatte. Insbesondere handelt es sich um die Frage der weiteren Beteiligung der Sozialisten an der Regierung. Der sozialdemokratische Parteivorstand tritt am Dienstag zusammen und wird dabei vermutlich ein Programm neuer Forderungen, namentlich auf dem Sozial- und Steuergebiet, erörtern, dessen Annahme die Partei zur Bedingung für ihr weiteres Verbleiben in der Regierung machen wird. Dieses Programm wird dann zunächst dem Generalrat der Partei, eventuell einem außerordentlichen Parteitag unterbreitet werden. In der Partei herrscht die Ansicht vor, daß die Sozialisten jedenfalls noch einige Monate in der Regierung bleiben dürften.

Ostpreussischer Parteitag

Aus Ostpreußen wird uns geschrieben: Am Sonntag lagte im Volkshaus in Elbing der Parteitag der ostpreussischen Sozialdemokraten. Der preussische Ministerpräsident, Genosse Otto Braun, wohnte ihm bei. Neben der politischen Lage referierte Reichstagsabgeordneter Dr. Paul Gerb. Anträge, die sich für und gegen die Große Koalition aussprachen, wurden nach längerer Debatte durch Hebrung zur Tagesordnung erklart. Der Parteitag stimmte der Meinung des Referenten bei, daß die endgültige Entscheidung über eine Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie nur nach der konkreten Situation getroffen und dem Ermessen der Reichstagsfraktion überlassen werden müsse. Zur Regelung der Erwerbslosenfürsorge wurde einstimmig folgender Antrag angenommen:

„Der ostpreussische Parteitag der SPD. erkennt die überdrückte Forderung der Erwerbslosenfürsorge durch die Reichstagsfraktion der SPD. an und erwartet, daß sich die Reichstagsfraktion auch weiter für Verbesserung der Lage der Er-

werbslosen (Unterstützung und Arbeitsbeschaffung) einsetzt, ebenso dafür, daß das Unterhaltungsalter der Arbeitslosen aus der Invalidenversicherung von 65 auf 80 Jahre herabgesetzt wird.“

Der vom Genossen Schulz, Königsberg, erstattete Geschäftsbericht wies beachtliche Fortschritte der Parteiorganisation nach. In der Werbewoche sind mehr als 700 Mitglieder neu gewonnen worden. In der Aussprache wurde die Lage des Reichstagsfraktion über zu geringe Fortschritte bei der Demokratisierung der Verwaltung von zahlreichen Delegierten unterzucht. Folgende Entschließung fand einstimmige Billigung des Parteitag:

Der ostpreussische Parteitag der SPD. stellt fest, daß im 8. Jahre der republikanischen Verfassung in Ostpreußen noch zahlreiche einflussreiche Stellen in den Händen republikanischer Beamten befinden, ein Zustand, der allem demokratischen Empfindenohnn spricht und Staat und Verwaltung gefährdet. Der Parteitag fordert von der preussischen Staatsregierung, mehr als bisher die Demokratisierung der Verwaltung in Ostpreußen zu fördern und in Zukunft höhere Verwaltungsstellen nur mit erprobten republikanischen, berfassungstreuen Beamten zu besetzen.

„Stille Koalition“?

Von Hermann Fleißner, M. d. R.

Seit der langwierigen Regierungskrise um die Jahreswende 1925/26 schreibt die demokratische Presse, besonders die in Berlin und in Frankfurt, nach der Großen Koalition. Sie sucht die Sozialdemokratische Partei durch Güte und mit Vorwürfen zu überzeugen, daß diese Regierungsform das einzig Wahre sei. Nach der sächsischen Landtagswahl konnte man dort lesen, daß für Sachsen die Große Koalition auch weiterhin das Gegebene wäre, obwohl der Ausfall der Wahl das gerade Gegenteil gezeigt hat: die Zahl der Koalitionsmandate im sächsischen Landtag sank von 51 auf 21! Die Warnung des Vorwärts in der vorigen Woche, die Redaktionen der Berliner demokratischen Blätter sollten doch endlich dafür sorgen, daß in deren Spalten etwas akzeptierbare Politik getrieben werde, hat nichts genutzt. Sie schwafeln unentwegt weiter davon, daß die Große Koalition, die vorläufig eine „Stille“ sei, in der Reichsregierung nächstens perfekt werde. Der jetzige Zustand sei nur das „Vorpiel“, es werde mit den Sozialdemokraten ununterbrochen in dieser Richtung verhandelt.

Diesem durchsichtigen Spiel gegenüber sei „eitzig“, daß das Gerede nur Wünsche und Kombinationen, aber nicht den Tatsachen entspricht. Die sozialdemokratische Fraktion hat sich seit Zusammentritt des Reichstags nur in einer einzigen Sitzung mit der Angelegenheit befaßt und es bei einer Aussprache belassen lassen. Seitdem ist die Frage erledigt, die große Mehrzahl der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat keine Neigung zur Großen Koalition. Es liegt kein Anlaß dazu vor, nachdem die deutschnationale Taktik als gescheitert anzusehen ist. Betont muß ferner werden, daß auch die Reichsregierung nach Erklärungen von Marx kein Bedürfnis nach der Großen Koalition hat! Diese Haltung scheint dem zu widersprechen, was das Kabinett selbst von sich annahm, als Herr Marx an Stelle Luthers Reichstangler wurde. Die Wendung trat bekanntlich aus Anlaß des Flaggenkonflikts ein. Die „kleine Krise“, die nur einen Tag dauerte, wurde mit dem einfachen Personalwechsel erledigt und mit dem Hinweis, daß die Minderheitsregierung ein vorübergehender Zustand sein solle. Im Herbst müsse eine Regierung geschaffen werden, die sich auf eine kompakte Mehrheit stützen könne.

Damit stimmt die jetzige Haltung des Reichskabinetts nicht überein. Sie ist nach untrüger Kenntnis der Lage von dem Streben beeinflusst, keine feste Bindung mit der Sozialdemokratie einzugehen. Deshalb sind besonders Deutsche Volkspartei und Bayerische Volkspartei — zwei Regierungsparteien — gegen die Große Koalition. Diese zwei Gruppen hoffen offenbar noch auf die Möglichkeit des Eintritts der Deutschnationalen in die Regierung, die durch das ungeschickte Vorgehen Westarps momentan vereitelt worden ist. Nun hat man auf der rechten Seite Zeit gewonnen. Auf der linken steht demgegenüber das Verbleiben, das Mitglieder der Deutschnationalen zu verhindern.

Die moralische Entrüstung über die Taktik der Deutschnationalen ist übrigens nicht am Plage. Sie wollten dadurch, daß sie sozialdemokratischen Anträgen, deren Gegner sie sind, zur Annahme verhalfen, den zwitterhaften Zustand der jetzigen Regierung so stark demonstrieren, daß seine Unhaltbarkeit offenbar werde. Ganz ähnlich, nur im umgekehrten Falle, hat im Sommer 1925 die Sozialdemokratie taktiert, als es um den spanischen Handelsvertrag ging. Wir waren als Oppositionspartei für diesen Vertrag, die Deutschnationalen als Regierungspartei jedoch dagegen. Die sozialdemokratische Fraktion verhielt sich bis zum entscheidenden Augenblick ablehnend, um die Deutschnationalen als Regierungspartei zu zwingen, Farbe zu bekennen. Es kam damals nicht zu dieser Komplikation, weil sich Regierung und Deutschnationale schließlich verständigten. — So geht es eben in der Politik. Ein lokales Mittel, das man dem einen zugestehen kann man dem andern nicht verwehren. Die Moralpredigten können also unterbleiben.

Nun wird versucht, ohne Umbildung der jetzigen Regierung eine festere Grundlage zu geben. Und es scheint, daß bis auf weiteres alle Parteien mit dem neuen „Übergangszustand“ einverstanden sind. Aber rechts und links liegt man sozusagen gegeneinander auf der Laur. — Regierung, Regierungsparteien und Sozialdemokraten haben

Spiegelverbindung Mussolini-Rivera

P. Paris, 15. November. (Fig. Draht.) Am Montag sind 26 der katalonischen Verschwörer, darunter 20 Spanier und 6 Italiener, in Paris eingetroffen und sofort in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Sie haben am Bahnhof Journalisten gegenüber protestiert, daß sie in einem Teil der Presse als Kommunisten oder Anarchisten hingestellt wurden. Sie seien keines von beiden, sondern nur Verfechter der katalonischen Unabhängigkeit.

Die Prüfung der verschiedenen bei Mussolinis Oberstypel Garibaldi aufgefundenen Dokumente läßt, den Abendblättern zufolge, keinen Zweifel darüber, daß er in enger Verbindung mit dem Komplott stand und er es war, der die italienische Regierung über dasselbe unterrichtete. Mussolini sandte darauf einen falschlichen Emisär zu Primo de Rivera, um ihn in Kenntnis zu setzen. Der spanische Diktator hat darauf sofort an der Grenze scharfe Vorkehrungen getroffen und die Verantwortlichen von Madrid sagen, daß sie auf französischem Boden festgenommen wurden. Aus den Dokumenten soll weiter hervorgehen, daß der falschliche Emisär, der Primo de Rivera benachrichtigte, auf der Heimreise getötet worden ist.

sich ohne jede Bindung darüber verständigt, daß der sozialdemokratischen Fraktion von den Wählern der Regierung in allen wichtigeren Fällen Kenntnis gegeben wird, ehe Vorlagen an das Parlament kommen. Damit gewinnt man zweifellos der Linken einen bedeutenden Einfluß auf die Gestaltung der Dinge zu. Diese Auffassung kommt auch in der großen Presse der Rechten zum Ausdruck. So schrieb zum Beispiel die Deutsche Tageszeitung:

„Die Dinge liegen also nach der praktisch politischen Seite so, daß in Zukunft die Mittelparteien sich von vornherein unter den sozialdemokratischen Druck begeben und nach links hin Konzeptionen machen, während sie bisher glaubten, darauf gelegentlich im Vertrauen auf unentgeltliche Rückversicherung bei den Deutschnationalen verstoßen zu können. Sie haben also ohne jeden Zweifel eine Schwächung ihrer taktischen Position und eine Schwächung ihres jeweiligen Standpunktes in Aussicht genommen, um nicht die Brücke nach rechts hin suchen zu müssen.“

Es wird sich erst zeigen, ob sich das Verhältnis so auswirkt, wie es von rechts befürchtet wird, von links aber erwartet werden muß. Insofern ist der bisherige Zustand geändert. Die Regierung wird sich die Mehrheit nicht erst suchen, wenn sie Vorlagen eingebracht hat, sondern schon vorher, so daß sie vor Ablehnungen gesichert ist. Sie wird bestrebt sein müssen, von vornherein eine der beiden großen Oppositionsparteien, die Deutschnationalen oder die Sozialdemokraten, zu sich herüberzuziehen.

Für die Sozialdemokratie ist dieses neue Verhältnis nicht unbedenklich. Es kann gut wirken, wenn es gelingt, die Gesetzgebung im Sinne sozialistischer Auffassung zu beeinflussen. Der erste Fall dieser Art, die Bekämpfung der Krisenfürsorgegesetzes, kann Hoffnungen erwecken. Die eigentliche Absicht der Regierung geht aber wohl dahin, sich und die Regierungsparteien vor Aktionen der Sozialdemokratie zu bewahren, die diese im Interesse der Arbeiterklasse für nötig hält. Das kann nicht der Zweck der Ablegung für die sozialdemokratische Fraktion sein! Ein Abgleiten auf rein opportunistische Politik darf nicht eintreten! Insofern besteht ein sehr großer Unterschied zwischen dem jetzt eingeführten losen Verhältnis der sozialdemokratischen Fraktion zur Regierung und der Großen Koalition. Die Bindung durch letztere ist viel schwerer zu befechten als eine zu nichts verpflichtende Vereinbarung, die jeden Ausblick gelöst, aber für die Linke doch nutzbar gemacht werden kann, solange sie besteht. Von einer „stillen Koalition“ ist also keine Rede; so hat man den neuen Zustand in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nicht bewertet und verstanden. Es ist eben auch nur Taktik!

Man darf nicht annehmen, daß nunmehr alle Früden der Regierung zu den Deutschnationalen abgehörten wären. Die Waage der Politik nur nach links ziehen, wie es nach der Vereinbarung mit den Sozialdemokraten scheinen könnte, das würde der rechte Flügel der Regierung sicher nicht dulden. Deshalb macht man halb und halb, wie sich bald zeigen wird. In der volksparteilichen Presse wird mit Nachdruck betont, daß die Vereinbarung mit links durchaus nicht „einseitig“ gedacht ist, daß sie ein Einvernehmen mit rechts nicht ausschließt, wenn das als zweckmäßig erachtet werde. Die Deutschnationalen brauchen also noch nicht alle Hoffnung fahren zu lassen, trotz dem Vorstoß, den der Zentrumspolitiker Dr. Schreiber in der vorletzten Sitzung des Reichstags gegen sie unternahm und den der deutschnationale Professor Dr. Spahn — der Sohn des verstorbenen Zentrumsführers — am andern Tage nicht ungeschickt variierte. Die kulturpolitisch so geistesverwandten beiden Kämpen lieferten ein kleines Vorpostengefecht zu den kommenden Kämpfen um das Reichshulgesetz.

Da werden sie sich treffen, die von rechts und in der Mitte. Aber nicht gegen, sondern mit- und zueinander! Denn es ist ganz ausgeschlossen, daß die Sozialdemokraten einem Schulheer ausstehen können, wie es Deutschnationale und Zentrum gestalten werden. Da wird sich die Regierung, wie bereits offen ausgegeben ist, die Mehrheit rechts suchen müssen. Die „engere Tischführung“ geht dann nach der entgegengesetzten Seite. Dieser Fall wird nicht der einzige bleiben. Mit rechts oder links —, so war es aber bisher